



An den Grossen Rat

22.5591.02

PD/P225591

Basel, 6. September 2023

Regierungsratsbeschluss vom 5. September 2023

Schriftliche Anfrage Franz-Xaver Leonhardt betreffend Gaststadt-politik Basel-Stadt

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Franz-Xaver Leonhardt betreffend Gaststadt-politik Basel-Stadt dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Mit der Durchführung des 125. Zionistenkongresses im August diesen Jahres und der Interessenbe-kundung, im Jahr 2026 den UNO-Klimagipfel für die Schweiz auszurichten, erhielt die Rolle von Basel als Gaststadt für internationale Grossanlässe wieder Aufmerksamkeit. Basel als Gaststadt für natio-nale und internationale Grossanlässe im Rahmen der Schweizerischen Gaststaatpolitik zu positionie-ren, ist eine der im Legislaturplan des Regierungsrates genannten Massnahmen (Massnahme Nr. 22) zur Erreichung des Legislaturziels *Partnerschaftlich zusammenarbeiten*. Diese Positionierung wurde zudem schon im Vorfeld der OSZE-Ministerkonferenz im Jahr 2014 als Grund für die finanziellen Auf-wendungen des Kantons Basel-Stadt angeführt.

Abgesehen von den einzelnen oben genannten Beispielen, welche eher zufälliger Natur sind, bleibt aber die konkrete Strategie des Regierungsrates bezüglich einer aktiven Gaststadt-politik im Rahmen der nationalen Gaststaatpolitik für Aussenstehende unklar. Daher bittet der Unterzeichnende den Re-gierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat eine explizite Strategie zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislatur-planes, d.h. der Positionierung der von Basel als Durchführungsort für nationale und insbesondere internationale Grossanlässe?
2. Falls ja, was sind die zentralen Eckpunkte dieser Strategie, und wer ist innerhalb der Verwaltung für ihre Umsetzung zuständig?
3. Welche verwaltungsexternen Akteure wurden und werden in die Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans einbezogen?
4. Stehen der Regierungsrat oder die Verwaltung für die Umsetzung der Massnahme 22 in einem regelmässigen Austausch mit den zuständigen Stellen des Departements für auswärtige Angele-genheiten (EDA)?
5. Anhand welcher Indikatoren misst der Regierungsrat den Erfolg der Massnahme 22 des Legisla-turplans?
6. Welche personellen und finanziellen Mittel setzt der Regierungsrat zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans ein?

Franz-Xaver Leonhardt»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Zu den einzelnen Fragen

1. *Hat der Regierungsrat eine explizite Strategie zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplanes, d.h. der Positionierung der von Basel als Durchführungsort für nationale und insbesondere internationale Grossanlässe?*
2. *Falls ja, was sind die zentralen Eckpunkte dieser Strategie, und wer ist innerhalb der Verwaltung für ihre Umsetzung zuständig?*

Der Regierungsrat hat im Herbst 2019 eine Gaststaatstrategie verabschiedet, um damit Reputation und Relevanz von Basel im internationalen Kontext zu stärken und die lokalen betroffenen Wirtschaftszweige zu fördern (insbesondere Kongresswirtschaft und Tourismus), im Sinne der Nachhaltigkeit.

Der Regierungsrat überprüft derzeit die Strategie.

Federführend bei der Gaststaatpolitik ist die Staatskanzlei. Die Erarbeitung der Strategie und deren Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit allen Departementen, da unterschiedliche Fachgebiete wie zum Beispiel Sicherheit oder Hotellerie berücksichtigt und verknüpft werden müssen.

3. *Welche verwaltungsexternen Akteure wurden und werden in die Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans einbezogen?*

Basel Tourismus und das Congress Center wurden einbezogen, zudem basiert die Strategie auf Interviews und dem Austausch mit den Ansprechpartnerinnen und -partnern im EDA.

4. *Stehen der Regierungsrat oder die Verwaltung für die Umsetzung der Massnahme 22 in einem regelmässigen Austausch mit den zuständigen Stellen des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)?*

Der Austausch mit dem EDA ist etabliert.

5. *Anhand welcher Indikatoren misst der Regierungsrat den Erfolg der Massnahme 22 des Legislaturplans?*

Der Regierungsrat überarbeitet derzeit die Strategie.

Die Akquisition von Veranstaltungen bedingt ein gutes Netzwerk zur Bundesverwaltung und die Fähigkeit, in relativ kurzer Zeit Bewerbungsdossiers mit verlässlichen Angaben zur Sicherheit, Hotellerie und Finanzierung einreichen zu können. Im Rahmen der seit 2019 laufenden Initialarbeiten sind diesbezüglich Erfahrungen gesammelt worden, die bereits konstruktiv eingesetzt werden konnten. So konnten in diesem Zeitraum im Bereich der Gaststaatpolitik folgende Projekte realisiert werden:

- Nationale Föderalismuskonferenz Mai 2021 (wegen der Corona-Pandemie hybrid),
- Treffen der fünf deutschsprachigen Energieministerinnen, Juni 2022,
- 125 Jahre-Jubiläum des Ersten Zionistenkongresses, August 2022,
- Treffen von Bundesrat Cassis mit der Aussenministerin Sloweniens, Februar 2023.

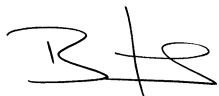
Zudem hat sich der Regierungsrat im August 2022 um die Ausrichtung der COP 31 und im Frühling 2023 um die Ansiedlung an die Nationale Menschenrechtsinstitution NMRI beworben. Beim Dossier COP 31 hat der Bundesrat darauf verzichtet, eine nationale Kandidatur einzureichen, beim NMRI erhielt Fribourg den Zuschlag.

Schliesslich ist in diesem Zusammenhang das Basel Peace Forum zu erwähnen, welches die Schweizerische Friedensstiftung Swisspeace seit 2017 in Basel durchführt. Der Kanton unterstützt dieses finanziell, der Grosse Rat hat vor kurzem den Staatsbeitrag für die Jahre 2023-2026 erneuert. Der Staatsbeitrag enthält wiederum einen Beitrag von jährlich 100'000 Franken für die Durchführung des Basel Peace Forums. Als Side-Event des Basel Peace-Forums fand in den letzten drei Jahren jeweils ein Treffen der OSZE-Städteinitiative in Basel statt, die gemeinsam von der OSZE, Swisspeace und dem Präsidentsdepartement organisiert und durchgeführt wurden.

6. *Welche personellen und finanziellen Mittel setzt der Regierungsrat zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans ein?*

Aktuell wird das Dossier mit den vorhandenen Ressourcen der Staatskanzlei bearbeitet. Für die Umsetzung der einzelnen Projekte (vgl. Ziffer 5) werden situativ die benötigten Mittel beantragt. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den dringlichen Nachtragskredit für das 125 Jahre-Jubiläum des Zionistenkongresses von 4,929 Millionen Franken, den der Grosse Rat im Juni 2022 bewilligt hat. Im Rahmen des Umsetzungskonzepts auf Basis der aktualisierten Strategie wird die Frage der Ressourcen ebenfalls überprüft.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin